

Erich Honecker und A. A. Gromyko erklärten, daß die DDR und die UdSSR getreu dem Bündnis mit dem brüderlich verbundenen Polen auch weiterhin dem polnischen Volk Hilfe und Unterstützung in seinem Streben nach Normalisierung der Lage im Land, um es aus der politischen und wirtschaftlichen Krise herauszuführen, gewähren werden. Es wurde die feste Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß Polen, wie es seine führenden Repräsentanten mehrmals unterstrichen, ein festes Glied des Warschauer Vertrages, ein Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft war und bleibt.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß der erfolgreiche Abschluß des Madrider Treffens, einschließlich der Annahme eines Beschlusses über die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, in der heutigen internationalen Lage von großer Bedeutung wäre. In der Überzeugung, daß ein positiver Ausgang des Treffens den grundlegenden nationalen Interessen der europäischen Völker entsprechen würde, brachten sie die Hoffnung zum Ausdruck, daß seine Teilnehmer den erforderlichen politischen Willen und Realismus an den Tag legen und nicht zulassen werden, daß dieses Forum zu destruktiven Zielen ausgenutzt wird. Das Madrider Treffen darf nicht zu einer Arena der Konfrontation werden, es muß und kann eine Brücke in das Morgen schlagen und die Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erweitern.

Es wurde erneut einmütig festgestellt, daß für die Aufrechterhaltung einer stabilen und gesunden Lage auf dem europäischen Kontinent die strikte Einhaltung der Verträge der sozialistischen Länder mit der BRD sowie des Vierseitigen Abkommens über Westberlin, die auf der Anerkennung der politischen und territorialen Realitäten im heutigen Europa basieren, eine außerordentlich wichtige Rolle spielt.

Bei der Erörterung anderer internationaler Fragen äußerten beide Seiten ihre Besorgnis über die weitere Zuspitzung der Lage im Nahen Osten, die durch die Annexion der Golan-Höhen durch Israel hervorgerufen wird. Die fortwährenden aggressiven Handlungen Tel Avivs sind das direkte Ergebnis der antiarabischen Politik der USA und des amerikanisch-israelischen Abkommens über die „strategische Zusammenarbeit“. Beide Seiten bekräftigten ihre gemeinsame prinzipielle Haltung zu den Wegen und Grundlagen für eine umfassende gerechte Regelung des Nahostproblems und sprachen sich erneut zugunsten der gerechten Sache der arabischen Staaten und Völker aus. Reale Möglichkeiten für eine derartige Regelung könnten durch die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten, einschließlich der palästinensischen Befreiungsorganisation - des einzigen rechtmäßigen Vertreters des palästinensischen Volkes geschaffen werden.

Die DDR und die UdSSR bekundeten ihre Solidarität und Unterstützung für den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen Imperialis-